

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## «Wir müssen uns für Liechtenstein einen Fensterplatz in Europa sichern»

Visionen der Zukunft unseres Landes im sich verändernden Europa begleiteten die Nomination der FBP Vaduz – «Arbeit in Liechtenstein»

Im mit 103 Besuchern bis auf den letzten Platz vollen Saal des Hotel Schössle in Vaduz konnten mit Dr. Guido Meier, Dr. Dieter Walch, Werner Ospelt und Theo Jäger sen. vier sehr starke Kandidaten für den Landtag nominiert werden. Mit grosser Aufmerksamkeit lauschten die Zuhörer dann auch den Worten von lic. iur. Markus Büchel, FBP-Kandidat für das Amt des Regierungschefs, welcher sich mit der Position Liechtensteins innerhalb eines vereinigten Europas auseinandersetzte. So prägte er den Satz: «Unsere Arbeit ist in Liechtenstein, nicht in Europa!»

Mit einer Gedenkminute für den vor einigen Tagen verstorbenen Parteifreund Ernst Ospelt eröffnete FBP-Obmann Eugen Seger die Nominationsversammlung in Vaduz. Er schilderte die Vorgehensweise des Ortsgruppenvorstandes, wie man die Kandidatensuche in Angriff nahm. Leider sei es nicht gelungen eine Frau zur Kandidatur zu bewegen. Aber trotzdem sei das Vorgehen angesichts der starken Kandidatenmannschaft richtig gewesen. Man müsse respektieren, wenn sich viele Bürgerinnen und Bürger wegen des enormen Zeitaufwandes, welche ein Parlamentarier zu bewältigen habe, nicht zu einer Kandidatur entschliessen könnten.

Nicht mehr zu einer Kandidatur entschliessen konnte sich Dr. Alois Ospelt, welcher viele Jahre wertvolle Dienste in der Fraktion, zeitweise gar als Fraktions-sprecher, für die Fortschrittliche Bürgerpartei leistete. Ihm gebührte auch entsprechender Dank und Obmann Seger überreichte ihm im Namen der Ortsgruppe Vaduz ein Präsent für den Einsatz zum Wohle der Gemeinde und des Landes Liechtenstein.



Lic. iur. Markus Büchel (Bildmitte), FBP-Kandidat für das Amt des Regierungschefs, zusammen mit den von der Ortsgruppe Vaduz einstimmig nominierten Landtagskandidaten Dr. Guido Meier, Dr. Dieter Walch, Werner Ospelt und Theo Jäger sen. (v.l.n.r.).

### Wer bin ich?

Obmann Seger räumte den vier von der Ortsgruppe vorgeschlagenen Mannern Zeit ein, um sich persönlich vorzustellen. Den Anfang machte Theo Jäger sen.: «Nachdem ich die kaufmännische Berufsschule in Feldkirch absolviert hatte, war ich während vielen Jahren an verschiedenen Stellen als Buchhalter tätig. Später machte ich mich dann selbstständig im Treuhand- und Versicherungswesen. Erfahrungen in öffentlichen Aufgaben

sammelte ich als Revisor der Bankenkommision, Mitglied der Betriebskommision des Krankenhauses Vaduz, Mitglied der Wahlkommision und Delegierter der EMSU. Mein politisches Hauptinteressensfeld ist die Förderung des Mittelstandes, der Klein- und Mittelbetriebe sowie berufsbedingt im Sozialwesen. Gerne würde ich auch in Europagremien mitwirken.»

Der 44jährige Rechtsanwalt aus Vaduz, Dr. Guido Meier, begann seine Per-

sonenbeschreibung ebenfalls mit seinem Bildungsweg. Er habe nach der Matura in Basel die Rechtswissenschaft und danach 1 Jahr in den USA studiert. 1979 habe er dann die Rechtsanwaltsprüfung mit Erfolg abgelegt. Er sei Vater zweier Kinder, Ehemann und Jurist mit eigener Kanzlei sowie seit sieben Jahren Richter am Staatsgerichtshof. Er plädierte für mehr Transparenz in der Politik, für einfachere und verständlichere Gesetze und

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Sport aktuell

### Schach-Titel an Martin Schädler

Der Liechtensteiner Schach-Landesmeister 1992 heisst Martin Schädler. Der Triesenberger holte sich gestern in Ruggell seinen ersten Titel. In der Turnierwertung dominierten allerdings wie im Vorjahr die in Triesen wohnhaften Atlas-Brüder aus Weissrussland. Valerie siegte aufgrund der besseren Feinwertung knapp vor Dimitri.

### Volleyball: Galina verlor 1:3

Der VBC Galina verlor in der Nationalliga-A-Meisterschaft beim TSV Jona mit 1:3 Sätzen. Die Schaaner gewannen zwar den ersten Satz deutlich, bauten dann aber mehr und mehr ab. Nach 7 Runden liegt Galina in der Tabelle immer noch auf Platz 7.

### Dream-Team und Monica Seles

Erstmals in der Geschichte siegte eine Mannschaft bei der Wahl zu den Wertsportlern des Jahres. Die traditionelle Umfrag der Int. Sport-Korrespondenz Stuttgart bei den führenden Sportzeitungen in rund 50 verschiedenen Ländern (Liechtenstein war wiederum durch das VOLKSBLATT vertreten), ergab einen Erfolg für das amerikanische Basketball-«Dream-Team». Bei den Frauen heisst die Siegerin erstmals Monica Seles, die Nummer 1 der Tennis-Weltrangliste.

### Boris Becker ATP-Weltmeister

Der Deutsche Boris Becker gewann das Finalspiel der ATP-Weltmeisterschaft in Frankfurt gegen den Amerikaner Jim Courier mit 6:4, 6:3 und 7:5.

## Kürzung des CIPRA-Beitrages

Regierung ergreift Sparanstrengungen bei den Beitragsleistungen

(G.M.) – Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA, deren Sitz sich seit einigen Jahren in Vaduz befindet, soll in Zukunft weniger Staatsbeiträge als bisher erhalten. In den vergangenen drei Jahren erhielt die CIPRA jeweils einen Jahresbeitrag von 105 000 Fr. Künftig soll sich der Staatsbeitrag nur noch auf 60 000 Fr. belaufen, wie die Regierung in einem Bericht an den Landtag vorschlägt.

Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA, die 1952 gegründet wurde, ist ein Zusammenschluss von Organisationen und Institutionen, die sich in den sieben Alpenstaaten mit Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes, der Landschaftspflege und der Raumordnung beschäftigen. Als einzige internationale Organisation befasst sie sich speziell mit den alpenländischen Umwelt-

problemen in länderübergreifender Hinsicht. Seit dem 1. Oktober 1983 ist die Geschäftsstelle der CIPRA in Vaduz angesiedelt.

Die Finanzplanung der CIPRA sieht für die nächsten Jahre einen erhöhten Finanzbedarf vor. Die Zusage Liechtensteins, anerkennt die CIPRA, in den letzten drei Jahren der CIPRA-Geschäftsstelle einen Betrag von jährlich 105 000 Fr. zu gewähren, habe eine gewisse Konsolidierung und vor allem Profilierung der CIPRA ermöglicht. Die Regierung weist in ihrem Bericht an den Landtag darauf hin, dass die staatliche Förderung der Anliegen des internationalen alpinen Natur- und Umweltschutzes eine «wichtige Zeitfrage» darstelle. Dennoch möchte sie den jährlichen Beitrag an die CIPRA auf 60 000 Fr. kürzen.

## Nachtragskredite von 14,3 Millionen Franken

Die Regierung ersucht den Landtag um zusätzliche Kreditmittel zu Lasten des Staatshaushaltes 1992

(G.M.) – Der Ausgabenrahmen des Staatshaushalts für das Fürstentum Liechtenstein wird erheblich ausgeweitet. Die Regierung ersucht den Landtag in Form eines summarischen Nachtragskredites um zusätzlich 14,3 Mio. Fr. zuzusetzen des Staatshaushalts 1992. Zusammen mit den bisher bewilligten Nachtragskrediten erweitert sich der Ausgabenrahmen um 20,1 Mio. Fr. oder 4,8 Prozent der ursprünglich bewilligten Ausgaben für den laufenden Haushalt und die Investitionsrechnung.

Mit dem Budget 1992 bewilligte der Landtag einen Ausgabenrahmen von 413,4 Mio. Fr. Auf den laufenden Haushalt entfielen dabei 319,2 Mio. Fr. oder 77,2 Prozent, auf den Investitions-haushalt 94,2 Mio. Fr. oder ein Anteil von 22,8 Prozent. Die Verwaltungsrechnung

schliesst gemäss Voranschlag mit einem Fehlbetrag von 3,2 Mio. Fr. ab, wobei der Landtag auf Vorschlag der Regierung Entnahmen aus den Reservefonds von 31,1 Mio. Fr. zur Eigenfinanzierung der Gesamtausgaben bewilligte.

Im Verlaufe des Rechnungsjahres 1992 wurden verschiedene Nachtragskredite bewilligt, die einen Umfang von 5,7 Mio. Fr. ausmachen. Der neueste summarische Nachtragshaushalt mit insgesamt 36 Kreditpositionen umfasst 14,3 Mio. Fr. Damit erreicht die Summe der notwendigen Zusatzkredite für 1992 eine Höhe von 20,1 Mio. Fr. Die Gesamtsumme der Nachtragskredite macht einen Anteil von 4,8 Prozent der budgetierten Ausgaben aus.

Schwerpunkte der neuen Zusatzkredite bilden die neuerliche Erhöhung des

Kreditvolumens für die Ausrichtung von Darlehen zur Förderung des privaten Wohnungsbaus aufgrund einer ausserordentlichen Anhäufung von Bauabrechnungen: Bei der Budgetierung rechnete die Regierung mit 11 Mio. Fr. an Bausubventionen, nach dem ersten Nachtrag von 3 Mio. Fr. wird nun ein zweiter Nachtrag in Höhe von 5,8 Mio. Fr. notwendig. Ferner erfordert der Defizitbeitrag an die Invalidenversicherung neben dem Budget von 6,5 Mio. Fr. einen Nachtrag von 2 Mio. Fr. Dieser hohe Anstieg ist nach Angaben der Regierung auf erhöhte Renten, medizinische Massnahmen und Betriebsbeiträge zurückzuführen.

Schliesslich erhöhten sich auch die Betriebskostenbeiträge an die Berufsschulen und die Subventionen für Wohnbauten in verdichteter Bauweise.

## Mehr Staatsstellen für die Aussenpolitik

Stellenplan der Regierung für das Jahr 1993 liegt vor – Schaffung von vier neuen Stellen

(G.M.) – Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein hat beschlossen, für 1993 nur vier neue Stellen in der Landesverwaltung zu schaffen. Zwei dieser Stellen betreffen die Aussenpolitik durch den allfälligen Beitritt Liechtensteins zum EWR, zwei neue Stellen werden für die neugeschaffene Dienststelle für Bankenaufsicht benötigt. Damit würde sich, wenn das Parlament dieser Aufstockung zustimmt, die Zahl der Stellen in der Landesverwaltung auf 449,5 erhöhen.

Die angespannte Finanzlage des Fürstentums Liechtenstein wirkt sich auch auf die Stellenplanung aus. Grundsätzlich möchte die Regierung den Stellenplan nicht ausweiten im Jahre 1993, doch wird die Neuschaffung von zwei Stellen für die Integrationspolitik sowie für die Besetzung der neugeschaffenen Dienst-

stelle für Bankenaufsicht gemäss den Bestimmungen des neuen Bankengesetzes unumgänglich. Die derzeitigen 445,5 Stellen des Staates teilen sich folgendermassen auf: 23,5 Stabstellen der Regierung (ohne die fünf Regierungsmitglieder), 379 Stellen der Landesverwaltung, 39,5 Stellen in den Gerichten und 3,5 Stellen im Landtagssekretariat.

Das vom Landtag verabschiedete Bankengesetz sieht die Schaffung einer Dienststelle für Bankenaufsicht vor. Bisher war ein Mitarbeiter des Amtes für Volkswirtschaft als Sekretär der Bankenkommision eingesetzt, der zudem die Amtsgeschäfte über das Währungsabkommen, das Geld-, Kredit- und Bankwesen bearbeitete. Die Geschäfte über das Währungsabkommen und das Bankwesen sollen neu der Dienststelle für Bankenaufsicht übertragen werden.

Allerdings dürften sich nach Angaben der Regierung keine neuen Kosten ergeben, da das Bankengesetz die Möglichkeit eröffnet, Aufsichtsgebühren zu erheben. Die Regierung rechnet damit, dass die Dienststelle für Bankenaufsicht kostenträgend tätig sein wird.

Für die Zukunft werden nach Angaben der Regierung für die neuen Aufgaben bei einem EWR-Beitritt rund zehn Stellen zusätzlich erforderlich sein. Aber auch bei einem Nein zum EWR-Vertrag rechnet die Regierung mit zusätzlichen Stellen im Bereich der Integrationspolitik. Vorerst sollen nun zwei neue Stellen geschaffen werden. Bei einem negativen Ausgang der EWR-Abstimmung muss die Einrichtung einer Vertretung Liechtensteins in Brüssel trotzdem ins Auge gefasst werden, hält die Regierung in einem Bericht fest.

## Unterstützung für FL-Institut

Erstmals Landesbeitrag für das Liechtenstein-Institut in BERN

(G.M.) – Das Liechtenstein-Institut in BERN soll in Zukunft einen Jahresbeitrag in Höhe von 400 000 Fr. erhalten. Dies schlägt die Regierung dem Landtag in einem Kreditantrag vor. Das Liechtenstein-Institut, das einen Aufwand von rund 1 Mio. Fr. pro Jahr ausweist, wollte die Hälfte dieser Aufwendungen durch einen Staatsbeitrag abdecken. Die Regierung kürzte dieses Begehren im Zuge der allgemeinen Sparanstrengungen auf 400 000 Fr.

Das Liechtenstein-Institut in BERN hat seine Tätigkeit 1987 aufgenommen und hat sich die Forschung in den gesellschaftlich relevanten Bereichen Rechts-, Geschichts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaft mit Bezug auf Liechtenstein zur Aufgabe gemacht. Daneben entfaltet das Institut auf Hochschulstufe auch eine umfangreiche Lehrtätigkeit mit Angebot zahlreicher Vortragsreihen zu

Liechtenstein-Themen für die interessierte Öffentlichkeit.

Für den Betrieb des Liechtenstein-Instituts ist ein Betrag von rund 1 Mio. Fr. pro Jahr notwendig. Nach fünfjähriger Selbstfinanzierung ist das Institut an die Regierung gelangt, um einen Staatsbeitrag zu erhalten. Das vorgeschlagene Modell geht davon aus, dass die Hälfte der benötigten Mittel durch private Spenden, Beiträge der Wissenschaftsförderungsfonds, Kursgebühren und Entgelte für gutachterliche Tätigkeiten aufzubringen wären, während die andere Hälfte über einen Staatsbeitrag abgedeckt werden könnte. Die Regierung hat sich, wie aus dem Bericht an den Landtag hervorgeht, für die Unterstützung des Liechtenstein-Instituts ausgesprochen, jedoch lediglich einen Beitrag von jährlich 400 000 Fr. dem Landtag zur Genehmigung vorgeschlagen.